

W
1956 05.00

Streng vertraulich! Nur für die Mitglieder der Parteivertretung!

Bericht der Kommission
über die Erfahrungen aus der Nationalratswahl 1956

Mitglieder der Kommission:

Gen. Aigner, Jochmann, Migsch, Piperger, Popp, Probst, Slavik u. Taurer.
Vom Zentralsekretariat wurden beigezogen die Gen. Kratky und Pauscher.

Die vom Parteivorstand zur Überprüfung und zur Beurteilung des Wahlergebnisses der Nationalratswahl 1956 eingesetzte Kommission legt nach ausführlicher Diskussion der Parteivertretung folgenden Bericht und Vorschlag vor:

1.) Politische Beurteilung des Wahlergebnisses

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß wir die Stärke des politischen Gegners im Wahlkampf unterschätzt haben. Die Österreichische Volkspartei führte ihren Wahlkampf technisch-materiell in einer Form, die uns entschieden überlegen war. Es muß auch festgestellt werden, daß der Organisationsapparat der ÖVP im Bundesdurchschnitt jenem unserer Partei zumindest gleichwertig geworden ist. Wir haben daher mit der Auffassung zu brechen, daß unser Organisationsapparat im Wahlkampf von Haus aus günstigere Voraussetzungen gegenüber jenem des Gegners bietet.

Die Kommission kam ausserdem zu der Schlußfolgerung, daß die Koordinierung der Parteipolitik für Bund, Länder und Gemeinden sowie für die Nebenorganisationen und Fraktionen der Partei bisher nicht genügend war und in Zukunft mehr als bisher gehandhabt werden müsse. Die Kommission nahm nicht eine Entwicklung - nach den letzten Wahlergebnissen - zu einem Zweiparteien System in Österreich an. Sie studierte nicht im Einzelnen - als Sonderfrage - das Wiener Wahlergebnis. Ausserdem war die Einschätzung, wie Heimatvertriebene, Gewerbetreibende - mit Rücksicht auf unseren Antrag für eine Selbständigen Pensionsversicherung - Bombengeschädigte und andere im Wahlkampf oft direkt angesprochene Gruppen gewählt haben, zu unterschiedlich, um in diesem Bericht aufgenommen zu werden.

Propaganda

Der Propaganda lag der Wahlaufruf zu Grunde und leitete von diesem die Parolen ab. Die Kommission kam zu der Ansicht, daß die Kritik

innerhalb der Partei an unserer Wahlpropaganda im Kern berechtigt ist, im Detail jedoch weit über das Ziel hinausschießt. Eine nüchterne Beurteilung der politischen Situation zeigt klar, daß in diesem Wahlkampf die Propaganda zwar eine sehr wichtige, aber nicht die entscheidende Rolle gespielt hat. Wesentlich war für den Wahlausgang, daß die zweite bürgerliche Partei im Lande zusammengebrochen ist und deren bisherige Anhänger ihrer Erziehung und ihrer Mentalität entsprechend sich für die andere bürgerliche Partei - die ÖVP - entschieden haben.

Das Wahlprogramm der SPÖ sprach in einigen wesentlichen Punkten die Bevölkerung nicht an, dadurch war die politische Linie der Partei während des Wahlkampfes für die breite Masse der Bevölkerung unverständlich. So konnte beispielsweise unsere Propaganda den Gedanken der Verstaatlichung nicht rasch genug popularisieren, obwohl die Existenz der verstaatlichten Betriebe die wesentliche Voraussetzung für die Wohlfahrt des Landes und seiner Bürger darstellt.

Übereinstimmung wurde auch in der Auffassung erzielt, daß es nicht möglich sein könne, die Propaganda zentral für das ganze Bundesgebiet zu leisten, da die propagandistischen Bedürfnisse der einzelnen Bundesländer ausserordentlich differenziert sind. In Zukunft soll daher die Art der Propaganda und ihre Durchführung den einzelnen Landesorganisationen übertragen werden. Selbstverständlich muß auch in diesem Falle die zentrale Wahlkampfleitung und der Parteivorstand die politischen Richtlinien für eine dezentralisierte Propaganda bestimmen.

Die Kommission stellt als bedauerlichen Mangel fest, daß für die hauptberufliche Leitung der Parteipropaganda kein verantwortlicher Politiker unserer Partei zur Verfügung steht. Sie macht aber aufmerksam, wie schwierig es für eine demokratische Partei ist, rasch und ohne Befragung von statutarischen Körperschaften einheitliche Parolen und einheitliches Propagandamaterial herauszugeben.

Presse

Hier vertritt die Kommission den Standpunkt, daß unsere Partei im Pressewahlkampf absolut unterlegen war und dieses Gefühl der Unterlegenheit weit in die Reihen unserer Parteimitglieder und Vertrauenspersonen eingedrungen und erhalten geblieben ist. Obwohl sich die Kommission der Problematik einer Konkurrenzierung der "Arbeiter Zeitung

voll bewußt ist, besteht dennoch das Bedürfnis, der Partei ein propagandistisch schärfer profiliertes tägliches Sprachrohr zur Verfügung zu stellen. Die Presseüberlegenheit des politischen Gegners beruhte nicht zuletzt auch darauf, daß er von einer zentralen Stelle her die gesamte bürgerliche Presse - auch die nicht zur ÖVP direkt gehörende - zu dirigieren imstande war.

2.) Notwendige Sofortmaßnahmen

Meinungsforschung

Nach Ansicht der Kommission scheint es empfehlenswert zu sein, in Zukunft den Möglichkeiten der Meinungsforschung grösseres Augenmerk zuzuwenden. Eine Einigung konnte weder über die Errichtung eines eigenen Meinungsforschungsinstituts noch über die dauernde Benützung bestehender Institute erzielt werden.

Propaganda

Die Kommission empfiehlt allen Landesorganisationen Maßnahmen zur Reorganisation ihres Parteiapparates zu ergreifen.

Dazu würde die Bildung junger Rednerteams in Ländern und Bezirken gehören, gründliche politische Aufklärung und Grundschulung der Vertrauenspersonen, die Einrichtung von Patenschaften guter sozialistischer Organisationen über solche, die in ihrer politischen und organisatorischen Entfaltung auf Schwierigkeiten stossen und der weitere Ausbau der Landespresse, um die Landespolitik entscheidend beeinflussen und erklären zu können. Man sieht deutlich, wie stark oft Wähler von lokalen Erfolgen und Mißerfolgen einer Politik beeinflußt sind. In der Würdigung lokal begrenzter Ereignisse sind uns die Gegner noch immer voraus.

Presse.

Das Problem einer zweiten Tageszeitung wurde in der Kommission vor allem als ein Problem der Landesorganisation Wien, Niederösterreich und Burgenland erkannt. Aus dieser Annahme wurden folgende erforderlichen Maßnahmen abgeleitet:

- 1.) Die Arbeiter Zeitung muß als Zentralorgan der Partei erhalten und gefördert werden. Sie muß aber noch mehr als bisher Rücksicht auf die Probleme und Erfordernisse der Partei nehmen.

- 2.) Die Arbeiter Zeitung muß für Niederösterreich umfangreicher als bisher mutieren. Vielleicht ist eine niederösterreichische Ausgabe möglich.
- 3.) Um der Konkurrenz der bürgerlichen Presse wirksam begegnen zu können, wird die Arbeiter Zeitung in Aufmachung und Illustration lebendiger, moderner und reichhaltiger werden müssen.
- 4.) Besonders nachteilig für unsere Partei erweist sich die Überlegenheit der bürgerlichen Mittagsblätter in Wien, denen wir nichts gleichwertiges entgegensetzen haben. Bezüglich "Welt-presse" wird ein mündlicher Bericht für die Parteivertretung vorbereitet, da noch Verhandlungen stattfinden.
- 5.) Eine Unterkommission einigte sich weiters auf den Vorschlag - den auch diese Kommission gutgeheissen hat - ein neues Wochenblatt durch den Sozialistischen Verlag herauszubringen, das nicht nur eine Konkurrenz für "Die Furche" und der "Wochen-Presse" sein soll, sondern ein notwendiges Bedürfnis nach einem solchen Wochenblatt von höherem Niveau zu befriedigen hat.
- 6.) Ausserdem wird an einem Vorschlag gearbeitet, für die Alpenländer ebenfalls ein Wochenblatt zu gründen, um der drückenden Überlegenheit der gegnerischen Wochenblätter abzuhelpfen.

Rentner

Die Kommission sieht, daß die Zahl der Rentner immer stärker ansteigt und damit die Zahl jener Menschen, die mit ihrer Pensionierung zum Müßiggang kommen. Der "Verband der Arbeiter Rentner" muß diesem Umstand Rechnung tragen und seine Organisation von einer blossen Interessengruppe zu einer politisch und propagandistisch aktiven Gemeinschaft umbauen.

Junge Generation

Die begonnene Jungwählerpropaganda muß fortgeführt werden, da der Reifeprozess der jungen Menschen zeitlich mit der Wahlberechtigung zusammenfällt. Übereinstimmend wird festgestellt, daß die überlieferte Form unserer Jugendorganisation nicht geeignet ist, die junge Generation zu beeinflussen und sie für die Bewegung als Wähler und Mitglieder zu gewinnen.

Die Kommission empfiehlt daher direkten Kontakt zwischen der Partei und der jungen Generation aufzunehmen. Dies könnte in Form einer jährlich veranstalteten "Woche der Jugend" ermöglicht werden, in der die Partei mit Hilfe der Presse von Veranstaltungen und sonstigen Werbemitteln Probleme der jungen Generation behandelt und ihre Lösung durch die konstruktive Politik der Partei aufzeigt. Als organisatorische Einrichtung empfehlen sich entweder stark gemischte Jugendkommissionen, vom Parteivorstand bis zu den Bezirksorganisationen, oder Jungwählerreferate, die wieder aufleben könnten.

Zentrale Pressestelle

Die Kommission kam zu der einhelligen Auffassung, daß die zentrale Pressekorrespondenz in das Zentralsekretariat, als den Sitz des Parteivorstandes, gehört und auch für die politische Schulung innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung, mit Rednerdiensten, Dispositionen usw. verwendet werden muß.

Der derzeit herausgegebene Rednerdienst sollte zu einem politischen Informationsdienst ausgebaut werden, der auf raschem Wege die Parteiorganisationen über die politischen Absichten und Aktionen der Partei informieren könnte.

Verschiedenes

- a) Zur Unterstützung und Schulung unserer jüngeren Vertrauenspersonen wird erforderlich sein, die Broschüre: "Der Vertrauensmann" neu aufzulegen.
- b) Um unserer Propaganda eine grössere Zielsicherheit und die
 ~~.....~~ soll in allen Landesorganisationen der Stand der Krankenversicherten, der Anzahl der sozialistischen Wähler bzw. der sozialistischen Parteimitglieder gegenübergestellt und als Vergleich herangezogen werden.
- c) Die Zweckmässigkeit amtlich aufgelegter Stimmzettel wurde von der Kommission diskutiert und soll neuerlich einer Parteikörperschaft zur Entscheidung vorgelegt werden.
- d) Die Kommission ist der Auffassung, daß der derzeit bestehende Frauenüberschuß ein ernstes soziologisches und politisches Problem darstellt. Die große Zahl alleinstehender Frauen bedarf der besonderen Aufmerksamkeit unserer Partei.

3.) Worauf die Kommission noch aufmerksam macht.

Nach Meinung der Kommission gibt es eine Reihe von Problemen, die im Verlauf der nächsten Zeit in den verantwortlichen Parteikörperschaften diskutiert und geklärt werden müssen. Wir führen einige an:

a) Propaganda

Die überwiegende Mehrheit unserer Vertrauenspersonen ist der Auffassung, daß die sozialistische Propaganda einen wesentlich aggressiveren Ton gegenüber der Österreichischen Volkspartei anschlagen müsse. Die Kommission weist darauf hin, daß Koalitionsvereinbarungen eine Hemmung für einen entschiedenen und angriffsfreudigen Ton unserer Propaganda darstellen. Der vergangene Wahlkampf hat erwiesen, daß auf der anderen Seite die ÖVP auf Koalitionsvereinbarungen keinerlei Rücksicht nimmt. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß Parteiorganisationen, Parteipresse und Mandatäre selbst davor zurückschrecken, eine Popularisierung von sozialistischen Persönlichkeiten zuzulassen. Dadurch hat unsere Propaganda bisher einen zu starken Anstrich der Nüchternheit erhalten.

Die Kommission ist der Meinung, daß das Herausstreichen jeweils führender Parteifunktionäre in der Propaganda keineswegs in der Öffentlichkeit als Personenkult ausgelegt werden wird. Die erfolgreiche Propaganda unseres politischen Hauptgegners mit seinen führenden Männern beweist dies genügend.

b) Bildungsarbeit

Aus der Diskussion innerhalb der Kommission wurde immer wieder die Besorgnis erkennbar, daß die Sozialistische Bildungszentrale weder organisatorisch noch pädagogisch in der Lage ist, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Dies trifft insbesondere auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik zu. Die Kommission vertrat daher die Meinung, daß die Reorganisation der Sozialistischen Bildungszentrale als Ausbau und Umbau eine besonders dringliche Aufgabe ist.

c) Freizeit

Eng im Zusammenhang damit steht das Problem, einen grösseren Einfluß auf die Freizeit des modernen Menschen zu nehmen, da die Tatsache des sozialen Müßiggangs direkt in Verbindung mit einer Flucht aus der gesellschaftlichen und damit der politischen Verantwortung zu

bringen ist. Die Kommission ist der Ansicht, daß die Frage der sozialen Sättigung in Teilen auch der arbeitenden Bevölkerung zur politischen Teilnahmslosigkeit geführt hat. Besonders die Freizeit der jungen Generation bedarf der aufmerksamen sorgfältigen Beobachtung und der aktiven Beeinflussung - die viel Geld erfordern wird - durch die Partei.

d) Parteifinanzen

Die Kommission kam zu der Auffassung, daß unsere Parteiorganisationen der Frage einer gesunden finanziellen Basis der Partei zu wenig Beachtung schenken. Das Ausmass aller künftigen und organisatorischen Reformen hängt nicht zuletzt von der Möglichkeit ihrer Finanzierung ab. Es ist überaus bedauerlich, daß sich die Organisationen der Partei in der Zeit der Konjunktur nicht grössere finanzielle Reserven anzu-legen verstehen. Die verantwortlichen Körperschaften der Partei werden mit allem Ernst darauf aufmerksam gemacht, daß sie später in Zeiten der wirtschaftlichen Depression keine nennenswerten Finanzreserven zur Verfügung haben werden. Dies gilt sowohl für die Zentralpartei als auch für die Landes- und Bezirksorganisationen.

e) Kommunistische Partei

Die Kommission macht die Parteivertretung darauf aufmerksam, daß auch das Verhältnis der Sozialistischen Partei zu den Kommunisten und zur KP einer Klärung bedarf. Es gibt in diesem Zusammenhang einige Fragen, deren Diskussion in nächster Zeit unerlässlich ist. Dazu gehören: die Unterwanderung unserer Organisation durch Kommunisten, die propagandistische Zerschlagung der KP, die Wahltaktik gegenüber der KP und unser Verhalten zur KP in innenpolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit der ÖVP.

f) Betriebsarbeit

Die Kommission ist der Meinung, auf die Entwicklung der letzten Betriebsratswahlen hinweisen zu müssen. Sie haben ein grösseres Ausmass parteiungebundener Wahllisten gebracht und dadurch der politischen Indifferenz in den Reihen der Arbeiterschaft Vorschub geleistet. Das Problem soll durch eine Aussprache zwischen Vertretern der Fraktion im ÖGB und des Parteivorstandes geklärt werden.

F. d. Kommission:

Otto P r o b s t e.h.